



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion in der BV Hohenlimburg
SPD-Fraktion in der BV Hohenlimburg
Fraktion Bürger für Hohenlimburg in der BV Hohenlimburg

Betreff:

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion BfHo
hier: Situation in der Unternahmer

Beratungsfolge:

18.04.2024 Bezirksvertretung Hohenlimburg

Beschlussvorschlag:

1. Die Bezirksvertretung Hohenlimburg bittet die Verwaltung um einen neuerlichen Bericht zur Situation im Umfeld der Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer, in der vorwiegend EU-Zuwanderer untergebracht sind.
2. Die Verwaltung wird mit Nachdruck aufgefordert, die Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer nur mit Bewohnern zu belegen, die ein sozialverträgliches Gesamtverhalten an den Tag legen.

Begründung:

s. Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)



Herrn Bezirksbürgermeister
Jochen Eisermann
Rathaus Hohenlimburg

Hohenlimburg, 08.04.2024

Sehr geehrter Herr Eisermann,

die Fraktionen von Bürger für Hohenlimburg, SPD Hohenlimburg und CDU Hohenlimburg bitten Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (2) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.04.2024 zu setzen:

Situation in der Unternahmer

Beschlussvorschlag:

1. Die Bezirksvertretung Hohenlimburg bittet die Verwaltung um einen neuerlichen Bericht zur Situation im Umfeld der Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer, in der vorwiegend EU-Zuwanderer untergebracht sind.
2. Die Verwaltung wird mit Nachdruck aufgefordert, die Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer nur mit Bewohnern zu belegen, die ein sozialverträgliches Gesamtverhalten an den Tag legen.

Begründung: Zum wiederholten Male erreichen uns massive Beschwerden über das Fehlverhalten von Bewohnern einer städtischen Unterkunft in der Unternahmer. Diese reichen von Sachbeschädigungen, Vermüllung von Nachbargrundstücken mit benutzten Windeln und Binden über personengefährdende Flaschenwürfe auf die Nachbar-Grundstücke bis hin zu unbefugtem Betreten von Grundstücken, Ruhestörungen, Beschimpfungen und Bedrohungen. Ebenso ist vom dringenden Verdacht auf organisierten Diebstahl die Rede.

Bei aller Anerkennung für die intensivierten Integrationsbemühungen von Seiten der Stadt Hagen in den vergangenen Monaten ist festzuhalten, dass Integration dann an ihre Grenzen stößt, wenn die zu integrierenden Menschen hierfür nicht aufgeschlossen sind. Aus Sicht der Antrag stellenden Fraktionen steht dem Recht von wohnungslosen Menschen auf Unterkunft der berechtigte Anspruch der Nachbarn gegenüber, auf ihren Grundstücken unbehelligt leben zu können.

Da das angespannte nachbarschaftliche Verhältnis wohl ausschließlich von Bewohnern der städtischen Unterkunft zu verantworten ist, sehen die Fraktionen die Stadt in der Pflicht, die Situation in letzter Konsequenz ggf. auch durch einen Bewohnerwechsel zu befrieden.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Lotz (Fraktionsvorsitzender BfHo)	Michael Glod (Fraktionsvorsitzender CDU)	Fuat Aker (Fraktionsvorsitzender SPD)
---	---	--